

## DEUTSCHLAND

Bundesamt lehnt  
EU-weites Endlager ab

**SALZGITTER.** Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat sich gegen Pläne für ein EU-weites Endlager für Atommüll ausgesprochen. „Das Risiko ist groß, dass die Sicherheitsstandards dann am Ende geringer sind als unsere eigenen“, sagte BfS-Präsident Wolfram König. Schon jetzt gebe es im Ausland großes Interesse an dem Bergwerk im niedersächsischen Gorleben.

## Wirte sollen entscheiden

**MAGDEBURG.** Beim geplanten Rauchverbot in Gaststätten haben sich mehrere Ministerpräsidenten für differenzierte Regelungen stark gemacht. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und sein niedersächsischer Kollege Christian Wulff (beide CDU) schlugen vor, Wirten die Entscheidung zu überlassen. Raucherlokale könnten mit R gekennzeichnet werden.

## „Zwei Deutsche entführt“

**BERLIN.** Im Irak sind laut „Berliner Morgenpost“ erneut zwei deutsche Staatsbürger entführt worden. Das berichtet die Zeitung in unter Berufung auf Angaben aus Sicherheitskreisen. Ort der Verschleppung soll die irakische Hauptstadt Bagdad sein. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes sagte: „Ich kann dazu keine Stellungnahme abgeben.“ dpa

## Appell für Heroinabgabe



**BERLIN.** Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) plädiert für die Fortsetzung der Heroin-Programme für Schwerstabhängige. Für viele Abhängige bedeute diese Behandlung die letzte Chance. Eine Mehrheit in der Union will das Programm nicht fortschreiben. Foto: Archiv

## EUROPA

Festnahme nach  
Journalistinnen-Mord

**MOSKAU.** Zwei tschetschenische Männer sind einem Bericht der Zeitung „Komsomolskaja Prawda“ vom Samstag zufolge als mutmaßliche Mörder der Reporterin Anna Politkowskaja festgenommen worden. Die oppositionelle Zeitung „Nowaja Gaseta“, für die Politkowskaja gearbeitet hatte, bezweifelte den Wahrheitsgehalt des Berichts.

## WELT

Olmert-Büroleiterin unter  
Korruptionsverdacht

**TEL AVIV.** Die Büroleiterin des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert, Schula Zaken, ist wegen Korruptionsverdachts für sechs Monate vom Amt suspendiert worden. Zaken und der Chef der Steuerbehörde werden verdächtigt, Bekannten Steuererleichterungen und Arbeit verschafft sowie Schmiergelder angenommen zu haben.

## Ohne Gasversorgung

**ISLAMABAD.** Nach einem Anschlag auf eine Gas-Pipeline ist am Samstag bei rund 750 000 Bewohnern der südwestpakistanischen Stadt Quetta die Heizung ausgefallen. In der Region ist es winterlich kalt bei Temperaturen knapp über dem Gefrierpunkt. dpa

Redaktion: Reinhard Brennecke

## Thema des Tages Sicherheitskonferenz

Russlands Präsident Wladimir Putin machte auf der Münchner Sicherheitskonferenz in scharfer Form die USA für die Verschärfung der Krisen in der Welt verantwortlich.



Der russische Präsident Wladimir Putin während seiner Rede in München.

Foto: Matthias Schrader/dpa

„Die, die uns belehren,  
wollen selber nicht lernen“

Putin attackiert Washington – US-Verteidigungsminister warnt den Kreml-Chef

**MÜNCHEN.** Der russische Präsident Wladimir Putin ist mit massiven Drohungen auf Konfrontationskurs zum „militärischen Vormachtstreben“ der USA gegangen. Bei dem ersten Auftritt eines russischen Staatschefs auf der Sicherheitskonferenz in München warf er den USA am Samstag vor, mit den Plänen für ein Raketenabwehrsystem ein neues Wettrüsten zu provozieren. Er warnte auch die Nato vor „ungezügelter Militäranwendung“. Putin sagte: „Die, die uns belehren, wollen selber nicht lernen.“

US-Verteidigungsminister Robert Gates reagierte gelassen auf die harschen Worte und lud Russland ein, die Partnerschaft mit den USA und der Nato auszubauen.

Das Weiße Haus in Washington wies die Kritik des russischen Präsidenten zurück. „Wir sind von Präsident Putins Kommentaren überrascht und enttäuscht“, sagte

„Niemand will einen Kalten Krieg. Das ist absolut unnötig“

US-Verteidigungsminister Robert Gates

Sprecher Gordon Johndroe gestern. „Wir erwarten, dass die Kooperation mit Russland beim Kampf gegen den Terrorismus und bei der Verringerung der Verbrei-

tung von Massenvernichtungswaffen fortgesetzt wird.“

Gates warnte Putin, die Beziehungen zwischen Washington und Moskau zu stark zu belasten. „Niemand will einen Kalten Krieg. Das ist absolut unnötig“, sagte er. „Das geplante Raketenabwehrsystem ist nicht gegen Russland gerichtet“, sagte Gates. „Es soll unsere Freunde und Alliierten schützen.“

Bundeschancellorin Angela Merkel, die vor Putin sprach, rief auf dem zweitägigen Forum mit Gästen aus 40 Staaten dazu auf, internationale Konflikte partnerschaftlich zu lösen. Merkel sagte: „Kein Land der Welt hat genug Macht, Geld und Einfluss, um sich allein den Herausforderungen zu stellen.“ dpa

► LEITARTIKEL

## Iran lockt und blockt bei Atomprogramm

Unterhändler gibt sich kompromissbereit – Präsident zeigt sich uneinsichtig

**MÜNCHEN.** Wenige Tage vor Inkrafttreten von Strafmaßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft hat der Iran seine Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen im Atomstreit bekräftigt. Atom-Chefunterhändler Ali Laridschani zeigte sich auf der Sicherheitskonferenz in München überzeugt, dass ein Kompromiss möglich sei. Am Samstag hatte die iranische Regierung weitere Überwachungskameras in der umstrittenen Atomanlage Natans installieren lassen.

Präsident Mahmud Ahmadinedschad schränkte gestern in Teheran zum 28. Jahrestag der islamischen Revolution allerdings ein, sein Land werde für Gespräche keine Vorbedingungen akzeptieren. Das UN-Ultimatum, die Anreicherung von Uran einzustellen, läuft am 21. Februar ab.

Israel behält sich nach einem Bericht des „Spiegel“ die Option

offen, das Atomprogramm durch einen Militärschlag zu zerstören. „Wir müssen damit rechnen, dass die internationale Gemeinschaft nichts unternimmt und Israel irgendwann allein handeln muss“, sagte der ultrarechte israelische Vize-Premier Avigdor Lieberman.

Die Außenminister der Europäischen Union wollen heute in Brüssel die im Dezember verabschiedeten Strafmaßnahmen förmlich für die EU beschließen. dpa

## Defekte Dichtungen, verschlammte Proben

Vattenfall-Konzern enthüllt Versäumnisse im schwedischen Atomreaktor Forsmark – „Nicht hinnehmbar“

Von Thomas Borchert

**STOCKHOLM.** Sogar der Spitze beim schwedischen Vattenfall-Konzern hat die endlose und auch für Fachleute beängstigende Pannenserie im Atomkraftwerk Forsmark die Sprache verschlagen.

„Ich hatte so etwas nicht für möglich gehalten. Als mir klar wurde, was da passiert ist, wurde ich erst einmal völlig still“, kommentierte Aufsichtsratschef Dag Klackenborg, was der auch in Deutschland aktive Konzern gerade selbst als neuen Sicherheits-Skandal enthüllt hatte.

Sieben Monate war der 26 Jahre alte Reaktor 1 mit einer defekten Gummidichtung gelaufen, weil Pro-

ben verschlammpt und nicht ins Labor geschickt worden waren. Als dann doch das Ergebnis kam, nahm der Betreiber den Siedewasserreaktor sofort vom Netz, weil die Dichtung bei Störungen auch zur Reaktorabkühlung beitragen soll. „So etwas ist nicht hinnehmbar“, meinte Vattenfalls Konzernchef Lars Josefsson und verkündete bei der eigenen Bilanzpressekonferenz neben neuen Rekordgewinnen die Auswechslung der Werksspitze in Forsmark.

Vorausgegangen waren immer neue Skandalmeldungen aus dem 190 Kilometer nördlich von Stockholm gelegenen Kraftwerk mit drei Reaktoren. Josefsson selbst nennt den Störfall vom 25. Juli 2006 „sehr

ernst“. Nach einem Stromausfall sprangen damals Notaggregate zur Reaktorabkühlung nicht an und im Kontrollraum fielen die Überwachungscomputer aus. Zwei der drei Techniker aus dem Kontrollraum berichteten anonym von einer ausgesprochen dramatischen Lage.

Was folgte, trug nicht zur Beruhigung bei: Es gab Kritik von Mitarbeitern aus Forsmark an einem „Verfall der Sicherheitskultur“ und an „höherer Risikobereitschaft“ wegen wirtschaftlicher Zwänge, es gab Berichte über alkoholisierte Mitarbeiter und hohe Unfallhäufigkeit, die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen Verzögerung des Reaktorstopps am 25. Juli ein. dpa

„Rechte des  
Parlaments  
stärken“

Nochmal Streit um die Haushaltspolitik von Rot-Grün. Das Bundesverfassungsgericht berät am Mittwoch über eine Klage der Fraktionen von Union und FDP aus 2004. Mit dem CDU-Abgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel), der einer der Unionsvertreter vor Gericht ist, sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, die Union streitet gegen die frühere SPD-Politik. Eine Belastung für die Koalition?

Nein. Es geht ja nicht so sehr um Abrechnung mit rot-grüner Politik, sondern um die Fortentwicklung des Verhältnisses von Parlament und Regierung. Ich will in Karlsruhe Schärfe vermeiden. Aber natürlich halte ich das damalige Regierungsverhalten weiter für falsch.



Warum?

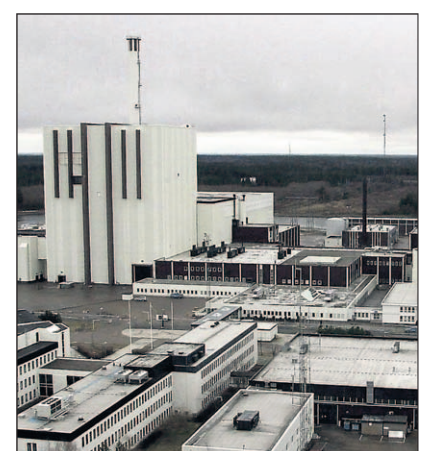
Die rot-grüne Regierung hatte 2004 erkannt, dass ihr Haushalt nicht mehr tragfähig war – wegen Änderungen der Hartz IV-Reform, der wirtschaftlichen Lage und Steuerrückgängen. Wenn die Planung ihre Grundlage verliert, muss man nachsteuern mit einem Nachtragshaushalt. Union und FDP forderten den Nachtrag spätestens im Sommer, damit bei den Ausgaben reagiert werden kann. Das hat die Regierung abgelehnt, sie reagierte erst im November. Frage: Ist die Regierung verpflichtet, dem Parlament Gelegenheit zu geben, vom Königsrecht Haushalt Gebrauch zu machen? Oder kann sie das durch Aussitzen unterlaufen? Der zweite Punkt: Die Regierung nahm am Ende deutlich mehr Kredit auf als Investitionen getätigt wurden – das ist nur im Ausnahmefall erlaubt, um eine sehr schlechte Wirtschaftslage auszugleichen. Aber dafür war es im November zu spät.

Frau Merkel führte 2004 die Unionsfraktion, heute die Regierung, die formal Prozessgegner ist.

Ja, aber trotzdem ist es nicht so, dass Merkel gegen Merkel klagt, wie manche jetzt meinen. Sie und die Fraktion hatten gegen ein Verhalten der alten Regierung geklagt.

Was erwarten Sie sich vom Gericht?

Ich erhoffe mir eine Stärkung der Parlamentsrechte. Und vorstellbar ist, dass das Gericht Grundsätzliches zur Schuldenbegrenzung sagt. Das wäre sehr hilfreich auch für die laufende Debatte um Schuldengrenzen von Bund und Ländern.



Teilsicht des Reaktors 1 im Atomkraftwerk Forsmark. Archivfoto: dpa